



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer

Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 50; November 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

herausragendes Thema der November-Plenartagung 2006 des Europäischen Parlaments war die Zweite Lesung der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie. Des Weiteren befassten wir uns u.a. mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Bekämpfung des Menschenhandels, einer Rahmenstrategie für Mehrsprachigkeit, dem Schutz der Meeresumwelt sowie mit einer Richtlinie zur Beschränkung des Inverkehrbringens quecksilberhaltiger Messinstrumente. Außerdem konnten wir in dieser Woche zwei Staatsoberhäupter in Straßburg begrüßen: Den Präsidenten von Georgien, Michail Saakaschwili, und den Emir des Staates Katar, Scheich Hamad bin Khalifa Al-Thani.

Dienstleistungsrichtlinie

Mit der in Zweiter Lesung notwendigen qualifizierten Mehrheit stimmte das EP dem Gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates zur Dienstleistungsrichtlinie zu. Dies war möglich, weil sich der Rats-text sehr eng an den Beschluss des EP aus Erster Lesung anlehnte und dessen Änderungen, etwa hinsichtlich des umstrittenen Herkunftslandsprinzips, übernommen hatte. Mit dem Abschluss der zweiten Lesung stellte das Europäische Parlament seine Handlungsfähigkeit im

Sinne der europäischen Bürgerinnen und Bürger, aber auch gegenüber Rat und Kommission nachdrücklich unter Beweis. Nun haben wir einen vernünftigen Kompromiss zwischen der notwendigen Öffnung der EU-Dienstleistungsmärkte einerseits und den berechtigten Schutzinteressen der europäischen Arbeitnehmer und Verbraucher andererseits. Die eigentliche Aufgabe, nämlich die der Schaffung des Binnenmarktes für Dienstleistungen, liegt nun bei den Mitgliedstaaten. Sie müssen die Richtlinie innerhalb der nächsten drei Jahre in nationales Recht umsetzen.

Eine Union für Sicherheit und Verteidigung

Das Europäische Parlament nahm Stellung zur Umsetzung der europäischen Sicherheitsstrategie im Kontext der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der internationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte und die organisierte Kriminalität sind die derzeit größten Bedrohungen für die EU. Die im Aufbau befindliche Europäische Außen- und Sicherheitspolitik soll die Bürgerinnen und Bürger der EU vor diesen Gefahren schützen. Das beste Mittel dazu ist ein „wirksamer Multilateralismus“, denn die Bekämpfung des Terrorismus kann nicht allein mit militärischen Mitteln erfolgen!

Schutz der Meeresumwelt

In der Diskussion über eine "thematische Strategie für den Schutz und Erhalt der Meeresumwelt" und über den Vorschlag der EU-Kommission für eine Meeresstrategie-Richtlinie forderten wir verstärkte Anstrengungen zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt. Außerdem soll die Europäische Kommission bis 2007 für Infrastrukturvorhaben, wie z.B. den Bau der Gaspipeline durch die Ostsee von Russland nach Deutschland, einen Regelungsrahmen mit Umweltkriterien schaffen.

„Muttersprache + 2“ ist das Ziel

Langfristiges Ziel der "Rahmenstrategie zur Mehrsprachigkeit" ist es, die individuellen Sprachkenntnisse zu verbessern: Alle Bürgerinnen und Bürger der EU sollten zu ihrer Muttersprache mindestens zwei Fremdsprachen hinzulernen. Das Europäische Parlament sieht in der Mehrsprachigkeit "eine Besonderheit der EU" und ein "Grundelement der europäischen Kultur". Sprachliche Vielfalt kann "ein Element des sozialen Zusammenhalts und eine Quelle der Toleranz, der Akzeptanz der Unterschiede, der Identifizierung und der Völkerverständigung" sein.

Kampf dem Menschenhandel !

Das EP legte verschiedene Vorschläge für einen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels vor. Opfer könnten z.B. eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis in den Mitgliedstaaten bekommen. Menschenhandel muss auch ein Thema im Schulunterricht sein, um schon Kinder und Jugendliche sowie über diese wiederum die Elterngeneration und damit die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass "Menschenhandel eine nicht hinnehmbare Straftat" ist. Dem Menschenhandel muss mit Mitteln einer kohärenten Politik (Einwanderungs-, Gleichbehandlungs-, Beschäftigungs-, Sozial-, Entwicklungs-, Außen-, Nachbarschafts- und Visapolitik)

begegnet werden. Außerdem bedarf es einer konsequenten Kriminalisierung, die zumindest die Standards der EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung des Menschenhandels erfüllt.

Bald kein Quecksilber mehr in Fieberthermometern!

In erster Lesung nahm das EP Stellung zum Vorschlag der EU-Kommission zur "Änderung der Richtlinie 76/769/EWG zur Beschränkung des Inverkehrbringens gewisser quecksilberhaltiger Messinstrumente". Da Quecksilber schwerste Gesundheitsschäden verursachen kann meinen wir, dass künftig das Inverkehrbringen von Quecksilber in Fieberthermometern und anderen, zum Verkauf an die breite Öffentlichkeit bestimmten Messinstrumenten, wie z. B. Manometern und Blutdruckmessgeräten, verboten werden muss. Es gibt schließlich neuzeitliche Alternativen! Nicht betroffen sind übrigens antike Messinstrumente (älter als 50 Jahre) und Barometer.

Abschließend noch ein Hinweis in eigener Sache: Meine Terminplanung für das kommende Jahr 2007 ist schon weit vorangeschritten. Ich bitte Sie deshalb, mir Ihre Terminwünsche für Vorträge bzw. andere Veranstaltungen möglichst bald mitzuteilen.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüße ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Büro Herne:

Tel. 02323/918511, Fax 02323/918512

Büro Brüssel:

Tel. 0032-228-47383, Fax: 0032-228-49383

E-Mail: rsommer@europarl.eu.int

www.renate-sommer.de